

Hamburg, den 15.11.2016

PRESSEINFO

Im Rahmen der Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zum Verbot des Betriebes lauter Güterwagen ab Ende 2020 hat der Verband der Güterwagenhalter in Deutschland (VPI) heute dem Bundesverkehrsministerium seine Stellungnahme überreicht.

VPI begrüßt gesetzliches Verbot lauter Güterwagen

„Wir begrüßen das geplante Gesetz ausdrücklich und sehen es als klares Signal für leisen Schienengüterverkehr. Ein gesetzliches Verbot bringt uns die notwendige Rechtssicherheit und sorgt dafür, dass die intensiven Umrüstungs- und Neubeschaffungsaktivitäten der deutschen Wagenhalter zu einer tatsächlichen Lärminderung führen“, erläutert Malte Lawrenz, Vorsitzender des VPI, die heute überreichte Stellungnahme des Verbandes zum Gesetzesentwurf. Ohne wirksame Maßnahmen drohen diejenigen Halter belohnt zu werden, die sich einer teuren Umrüstung oder Neubeschaffung verweigern, so Lawrenz. Im Ergebnis würden sowohl der Wettbewerb verzerrt, als auch das deutsche Lärminderungsziel verfehlt.

Der VPI regt in seiner Stellungnahme an, die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Ausnahmen vom Lärmverbot noch weiter zu verschärfen. „Unser gemeinsames Ziel muss ein flächendeckender Einsatz leiser Wagen sein, um Restriktionen wie Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Nachtfahrverbote zu vermeiden“, betont Lawrenz. Hierfür biete sich die vom Verband angeregte spürbare Trassenpreisspreizung für laute und leise Wagen an. Mit einem additiven Marktmechanismus würden auch Ausnahmeregelungen unattraktiv.

Die Flotten der privaten Halter im VPI werden bis Ende 2016 zur Hälfte umgerüstet sein. Bis Ende 2020 fahren sie komplett mit Flüsterbremsen-Technik. Die aktuellen Ergebnisse des Monitorings der Güterwagenflottenentwicklung bei den Mitgliedsunternehmen des VPI finden Sie unter www.vpihamburg.de

Für Rückfragen:

Jürgen Tuscher, Geschäftsführer VPI,
Tel: 040- 22 659 21-0, mobil: 0176-103 15 197

Kerstin Domscheit, Öffentlichkeitsarbeit VPI,
Tel: 040- 419 12 670, mobil: 0160-15 27 533